

Dr. Ernest v. Koerber.

Wien, 26. Oktober.

Mit der Uebernahme des österreichischen Ministerpräsidentens tritt Dr. v. Koerber zum sechstenmal die Leitung einer zentralen Regierungsstelle an. Der neue Ministerpräsident war 1897 Handelsminister im Kabinett Gautsch, 1899 wurde er Minister des Innern im Kabinett Clary, 1900 Ministerpräsident und Minister des Innern, 1902 übernahm er die Leitung des Justizministeriums. Zehn Jahre nach seinem Rücktritt vom Ministerpräsidenten trat er im Februar 1915 als gemeinsamer Finanzminister in das gemeinsame Ministerium ein, um nunmehr zum zweitenmal an die Spitze der österreichischen Regierung zu treten.

Der Ausgangspunkt für die Laufbahn Doktor v. Koerbers war das Handelsministerium. Aus einer Offiziersfamilie stammend, hat er nach Absolvierung seiner Studien am Theresianum und an der Wiener Universität 1872 das Doktorat erlangt und trat nach kurzer Gerichtspraxis am Wiener Landesgericht 1874 in das Handelsministerium ein, wo er bis zum Jahre 1893 die Rangklassen zum Sektionschef hinauf durchschritt. Zunächst arbeitete er in der damaligen Eisenbahnabteilung des Handelsministeriums unter Nördling, war sodann unter dem Handelsminister Marquis Bacquhem Vorstand des Präsidialbureaus, später unter der Koalitionsgovernment Windisch-Grätz Leiter der Sektion für Zollpolitik und Schiffsahrtswesen. 1895 wurde er als Nachfolger des Herrn v. Billnik Leiter der Generaldirektion der Staatseisenbahnen. An dieser Stelle hat er die Umwandlung der Eisenbahnabteilung des Handelsministeriums in das Eisenbahnministerium durchgeführt und das Organisationsstatut der neuen Zentralstelle geschaffen. Nach der Ernennung des Feldmarschallleutnants Ritter v. Guttenberg zum ersten Eisenbahnminister trat Herr v. Koerber 1896 als erster Sektionschef in das Ministerium des Innern über und erhielt bei diesem Anlaß die Würde des Geheimen Rates.

Am 28. November 1897 wurde Dr. v. Koerber Handelsminister im Kabinett Gautsch, schied jedoch nach der Demission des Freiherrn v. Gautsch, im März 1898, aus dem Kabinett. Als nach dem Sturze der Regierung Thun Graf Clary ein Ministerium bildete, trat Doktor v. Koerber am 2. Oktober 1899 als Minister des Innern wieder ins Kabinett. Am 21. Dezember 1899 demissionierte das Kabinett Clary und wurde durch das Zwischenministerium Mittel ersetzt. Es war jedoch bekannt, daß Dr. v. Koerber bereits zum künftigen Ministerpräsidenten designiert sei. Seine Berufung erfolgte am 18. Januar 1900. Dr. v. Koerber übernahm in seinem Kabinett auch das Ressort des Ministeriums des Innern.

Die Ära Koerber war eine der wechselvollsten in der parlamentarischen Geschichte Oesterreichs. Mit drei großen Fragen hat Dr. v. Koerber während seiner fünfjährigen Tätigkeit als Ministerpräsident zu kämpfen. Der Sprachenstreit in Böhmen und die Obstruktion der von Doktor Stramatz geführten Tschechen füllte seine ganze Regierungszeit aus, später traten die Schwierigkeiten des neuen österreichisch-ungarischen Ausgleiches, zuletzt mit der Einbringung der Rekrutenerhöhungsvorlage die Militärkrise hinzu. Als Dr. v. Koerber ins Amt trat, versuchte er die Ueberwindung der tschechischen Obstruktion und die Herstellung der parlamentarischen Arbeitsfähigkeit durch zwei Maßregeln, durch Einleitung von deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen und durch Anklündigung eines wirtschaftlichen Investitionsprogramms. Es gelang ihm wohl, in den ersten Monaten das Parlament teilweise arbeitsfähig zu machen. Am 13. März 1900 konnte zum erstenmal nach drei Jahren die Rekrutenvorlage parlamentarisch verabschiedet werden. Allein die deutsch-tschechischen Aus-

gleichskonferenzen scheiterten Anfang 1900. Dr. v. Koerber legte ein eigenes Sprachengesetz vor, die Obstruktion der Tschechen setzte aber im Mai und Juni mit voller Heftigkeit ein. Als Dr. v. Koerber am 7. Juni 1900 durch Sprengung der alten Rechte die Tschechen zu isolieren und auf diese Weise ihre Obstruktion zu brechen suchte, gingen die tschechischen Parteien zur lärmenden Obstruktion über. Bis in die Mitternachtsstunden hinein dauerte der Tumult; Dr. v. Koerber fuhr in später Nachtstunde nach Schönbrunn, ließ den Kaiser aus dem Schlafe wecken und erwirkte die Ermächtigung zur Schließung der Session und zur Auflösung des Reichsrates.

Im neugewählten Abgeordnetenhaus, das am 4. Februar 1901 eröffnet wurde, schob Dr. v. Koerber das wirtschaftliche Programm in den Vordergrund. Die Tschechen stellten die Obstruktion ein, und die Investitionsvorlagen, bestehend aus der Vorlage über den Bau eines zweiten Eisenbahnverbindungs mit Triest und aus den Umrissen eines Wasserstraßenprojekts, gelangten in beiden Häusern zur Annahme. Während der parlamentarischen Verhandlungen erwirkte Dr. v. Koerber auch ein kaiserliches Handschreiben, mit welchem die Errichtung einer Bildergalerie in Prag ausgesprochen wurde. Außer der Investitionsvorlage wurde das Budgetprovisorium für das zweite Halbjahr 1901, zum erstenmal nach vier Jahren, erledigt. Nach Schluß der Session machte der Kaiser eine Reise nach Böhmen, auf welcher Dr. v. Koerber ihn begleitete. Eine Folge der Verhandlungen, die er damals führte, war der Abschluß eines Wahlkompromisses zwischen den zwei Gruppen im böhmischen Landtage, das es dem verfassungstreuen Großgrundbesitz ermöglichte, nach achtzehn Jahren mit 21 Mandaten in der Landstube zu erscheinen.

Die Herbstsession 1901 stand bereits im Zeichen des ungarischen Ausgleiches, dem Dr. v. Koerber im Parlament mit der Bemerkung präudizierte, Oesterreich könne nicht länger das geduldige Lamm bleiben. Die Arbeitsfähigkeit des Parlaments, die mit Hilfe der Investitionsvorlagen hergestellt worden war, hatte nicht angehalten. Die Tschechen traten immer wieder mit der Obstruktion hervor, die sie nur gegen Erfüllung von zwei Forderungen: innere tschechische Amtssprache und Errichtung einer tschechischen Universität in Mähren, ausgeben zu wollen erklärten. Nur unter Schwierigkeiten gelang es, ein Budgetprovisorium durchzubringen. Die Tschechen stellten zeitweise die Obstruktion ein, behielten sich aber den Hauptschlag für die Zeit vor, in der der neue Ausgleich mit Ungarn dem Parlament vorliegen würde. Im März 1902 hatte Dr. v. Koerber auch mit einer vorübergehenden Obstruktion der deutschen Volkspartei zu kämpfen, die die Antwort auf die Niederstimmung eines vom Grafen Stürgkh eingebrachten Antrages, betreffend die Verlegung der slowenischen Parallelklassen von Cilli nach Marburg, war. Als das Budget für 1902 beraten wurde, kam Dr. v. Koerber über die tschechische Obstruktion durch Bewilligung einer Subvention von 16 Millionen Kronen für die Affanierung von Prag hinweg. Das Budget wurde tatsächlich parlamentarisch erledigt. Der Rest des Jahres 1902 verging mit den Verhandlungen über den neuen ungarischen Ausgleich, die sich sehr schwierig gestalteten und erst im letzten Augenblick, in der Silbesternacht, zu Ende kamen. Bei Wiederausammentritt des Reichsrates im Oktober 1902 war auch die tschechische Obstruktion wieder zurückgekehrt. Am 17. Oktober 1902 trat der Justizminister Freiherr v. Spens wegen Krankheit zurück. Dr. v. Koerber besetzte das Portfeuille aus parlamentarisch-taktischen Gründen nicht, sondern übernahm selbst die Leitung des Justizministeriums. Als Justizminister legte Dr. v. Koerber den Entwurf eines Preßgesetzes vor, richtete Erlasse an die Obergerichtspräsidien über eine moderne Handhabung der Gerichtspflege und des Konfiskationswesens und stellte die Strafbehandlung jugendlicher, soweit dies auf dem Berordnungswege ging, auf neue Grundlagen. Ungefähr in die gleiche Zeit fällt auch die Reform der Theaterzensur.

Im Herbst 1902 vermehrten sich die Schwierigkeiten durch das Auftauchen der Militärfrage. In Ungarn begann mit der Obstruktion der Unabhängigkeitspartei gegen die Erhöhung der Rekrutenziffer die viele Jahre andauernde Militärkrise. Dr. v. Koerber brachte wohl im Februar das erhöhte Rekrutenkontingent im österreichischen Abgeordnetenhaus durch, allein die tschechische Obstruktion setzte dann wieder ein und Dr. v. Koerber mußte im Juni das Parlament verlagern. Er überreichte seine Demission, die auch mit der ungarischen Militärfrage zusammenhing. Der Kaiser lehnte das Rücktrittsgesuch ab, allein Dr. v. Koerber entfernte bei dieser Gelegenheit den tschechischen Landsmannminister Dr. Kezel, der trotz der tschechischen Obstruktion seinem Kabinett angehört hatte. Im September 1903 mußte Dr. v. Koerber in einer außerordentlichen Session die Behravorlage wieder abändern lassen, da das erhöhte Rekrutenkontingent in Ungarn abgelehnt worden war. Im Verlaufe der Militärkrise in Ungarn war im Sommer 1903 der bekannte Armeebefehl von Chlopy erschienen, der die Gemeinsamkeit der Armee betonte. Die öffentliche Diskussion hierüber führte zu einer Erklärung Dr. v. Koerbers im Abgeordnetenhaus, in der er unter Berufung auf die ungarische